

Europäische Maritime Wirtschaft: Ein europäischer Konjunkturplan

Rettungsplan für die Industrie und ihre Beschäftigten nötig

Brüssel, 26. November 2020 | IndustriAll 110/2020

Die europäische Maritime Wirtschaft¹ sichert mehr als **500.000 direkte Arbeitsplätze und 400.000 indirekte Arbeitsplätze**² in der EU, mit Tausenden weiteren in ganz Europa. Der Sektor ist für die Fertigung hochtechnologischer und innovativer Ausrüstung und Schiffe für den Weltmarkt bekannt, aber die andauernden Herausforderungen durch unlauteren Wettbewerb und weltweite Überkapazitäten sowie Standortschließungen und Produktionsausfälle infolge der COVID-19-Pandemie bedeuten, dass der Fortbestand der Branche gefährdet ist.

Derzeit gibt es in Europa rund **300 Werften** und **28.000 maritime Zulieferer**, die meisten davon kleine und mittlere Unternehmen, die für den wirtschaftlichen Erfolg vieler (auch ansonsten strukturschwacher) Regionen in ganz Europa entscheidend sind. Die Gewerkschaften der Maritimen Wirtschaft haben sich zusammengetan, um ein **europäisches Konjunkturprogramm** zu fordern, das Werften, Ausrüstungsanbieter und die gesamte Lieferkette „über Wasser hält“.

Folgen von COVID-19

Die COVID-19-Pandemie hat gravierende Folgen für die europäische Meerestechnikbranche. Zeitweilige **Werftschließungen** (z.B. MV Werften und Flensburger Schiffbau-Gesellschaft (DE), Havyard (NO), Fincantieri (IT), Chantiers de l'Atlantique (FR)) und **Entlassungen** (z.B. 450 Entlassungen und 900 vorübergehende Entlassungen bei Meyer Turku (FI)) bereiten den Arbeitnehmer*innen große Sorgen.

Die Gewerkschaften haben sich unermüdlich dafür eingesetzt, dass die Arbeits- und Gesundheitsschutzmaßnahmen umfassend umgesetzt werden. Die Arbeitsbedingungen, insbesondere auf kleinstem Raum in den Schiffen, machen dies zu einer echten Herausforderung. Zudem hat sich dabei auch herausgestellt, dass der zum Teil massive Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen die durch COVID-19 erforderlichen Hygienemaßnahmen teilweise konterkariert.

Die Pandemie hat für einige Teilsektoren größere Folgen als für andere. Während es zum Beispiel in einigen kommerziellen Bereichen verheerende Nachrichten gab (z.B. durch die Stornierung und Streckung von Aufträgen zum Bau von Kreuzfahrtschiffen), hat der Verteidigungssektor bisher nur geringe negative Auswirkungen erfahren. Es ist jedoch wichtig, wachsam zu bleiben, und die Gewerkschaften werden die europäische Rüstungsproduktion und die künftige Auftragslage weiterhin verfolgen.

¹ All enterprises involved in the design, construction, maintenance and repair of all types of commercial and naval ships as well as other maritime structures (systems, equipment and services).

² [Study](#) on new trends in globalisation in shipbuilding and marine supplies.

Ein europäisches Konjunkturprogramm, bei dem die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen

Es besteht dringender Handlungsbedarf auf europäischer Ebene, um sicherzustellen, dass sich die Maritime Wirtschaft weiterhin über Wasser halten kann. Die Branche braucht Unterstützung, um wettbewerbsfähig zu sein, sich entwickeln zu können und im Gegenzug die besten High-Tech-Schiffe und -Ausrüstung herzustellen, damit Europa in der Lage ist, seine Dekarbonisierungsziele zu erreichen (z.B. durch sauberen Schiffsverkehr und Offshore-Energie). Wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, sind Tausende hochwertige und hochqualifizierte Arbeitsplätze gefährdet. Deshalb fordern die Gewerkschaften ein **europäisches Konjunkturprogramm**, bei dem die Beschäftigten im Mittelpunkt stehen.

Die Forderungen von industriAll Europe

Die europäische Maritime Wirtschaft steht vor echten Herausforderungen. IndustriAll Europe ruft **alle** Beteiligten, einschließlich der politischen Entscheidungsträger, Arbeitgeber und Gewerkschaften, dazu auf, zusammenzukommen und für die Zukunft der Branche zu kämpfen.

Industriepolitik

Die europäische Maritime Wirtschaft braucht eine **neue** europäische Industriepolitik, die ehrgeizig, wettbewerbsfähig und umweltfreundlich ist und **alle** Bereiche der Branche abdeckt.

IndustriAll Europe fordert:

- eine **neue** ehrgeizige **europäische Industriestrategie für die Branche**, die den kommerziellen Schiffbau, die Reparatur, die Wehrtechnik und die Offshore-Industrie umfasst;
- die Zusammenarbeit der EU mit allen interessierten Parteien (Beschäftigte, Arbeitgeber, regionale Behörden, Bildungs- und Berufsbildungsanbieter) im Hinblick auf die **Kohäsion der EU-Fonds**;
- die **umfassende Untersuchung aller Wettbewerbsfragen** durch die nationalen Regierungen und die EU, einschließlich Fusionen und Übernahmen, und die Berücksichtigung der Ansichten der europäischen Arbeitnehmer*innen und der Tatsache, dass die Branche international (und nicht nur europäisch) ist;
- die Zusammenarbeit aller Interessenvertreter, um **das Image der Branche zu verbessern** und junge Menschen für die Branche zu gewinnen;
- das Ergreifen weiterer Maßnahmen der EU zum **Schutz des geistigen Eigentums**, indem die verschiedenen handelspolitischen Instrumente genutzt werden.

Handel

Die europäischen Arbeitnehmer*innen leiden nach wie vor unter dem aggressiven und unfairen internationalen Wettbewerb und den ungleichen Wettbewerbsbedingungen in der Maritimen Wirtschaft. Nichteuropäische Länder, insbesondere in Asien, nutzen weiterhin unfaire staatliche Beihilfen, um Schiffe und Ausrüstung zu nicht marktgerechten Preisen zu produzieren und produzieren darüber hinaus auf einem Niveau, das zu weltweiten Überkapazitäten geführt hat. Gleichzeitig gibt es zwar immer mehr Beispiele außereuropäischer Unternehmen, die EU-Fördermittel nutzen können, Unternehmen und Arbeitnehmer*innen aus der EU haben jedoch keinen Zugang zu entsprechenden Möglichkeiten. In den

letzten zehn Jahren sind in der Branche zu viele europäische Arbeitsplätze verloren gegangen, und die Arbeitnehmer*innen fordern harte Maßnahmen, um einen fairen internationalen Handel zu gewährleisten.

IndustriAll Europe fordert:

- ein entschiedenes Handeln auf nationaler, EU- und internationaler Ebene, **um unfairen Handel zu bekämpfen** und **gleiche Wettbewerbsbedingungen** zu schaffen;
- ein verstärktes Engagement der nationalen Regierungen und EU auf Ebene der **OECD-WP6**, um ein rechtsverbindliches Schiffbauinstrument zu schaffen und gegen marktverzerrende Faktoren vorzugehen und globale Überkapazitäten und unfaire staatliche Beihilfen zu beenden;
- die Entwicklung spezifischer **handelspolitischer Schutzinstrumente** (HSI) der EU für die Schiffbaubranche, die derzeit nicht unter die HSI fällt;
- eine starke Position der EU zu **ausländischen Subventionen**;
- die Genehmigung von Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit **Rüstungsaufträgen** durch die EU und die Mitgliedstaaten, um die öffentliche Auftragsvergabe für die Marine zu unterstützen und im Gegenzug die Produktion in der EU halten;
- die **Gewährleistung der Gegenseitigkeit** zwischen Europa und Drittländern sowohl in bilateralen als auch in multilateralen Handelsverhandlungen über Marktzugang und Wettbewerb durch die EU, um ein Gleichgewicht sicherzustellen.

Nachhaltigkeit

Durch die dringend erforderliche Dekarbonisierung des Verkehrs wird die Maritime Wirtschaft eine Schlüsselrolle beim Erreichen der Ziele spielen, die im **europäischen Grünen Deal** festgelegt wurden. Es gibt jedoch auch Möglichkeiten, noch ehrgeiziger zu sein, indem Synergien mit der Branche der erneuerbaren Energien, wie z.B. der Offshore-Windenergie, verbessert werden. Deshalb braucht die Branche solide Rahmenbedingungen und eine angemessene Finanzierung der Forschung, Entwicklung und Produktion **grüner Technologien**. Die Beschäftigten müssen in diesen neuen Technologien geschult werden, um sicherzustellen, dass kein Arbeitnehmer und keine Arbeitnehmerin zurückbleibt.

IndustriAll Europe fordert:

- **die Aufstockung der nationalen und europäischen Finanzierung von Forschung und Entwicklung** zur Dekarbonisierung des Sektors, wie z.B. die durch Horizon Europe finanzierte Mission „emissionsfreier Schiffsverkehr“;
- weitere Studien über die nutzbringenden Verbindungen zwischen Werften und Ausrüstungsherstellern und **Offshore-Energieplattformen**, um Synergien zu verbessern und relevante Technologien zu entwickeln;
- die Entwicklung eines **fairen europaweiten emissionsorientierten Abgabe- und Gebührenmodells** für europäische Häfen anfahrende bzw. europäische Gewässer befahrende Schiffe.

Soziale Standards und Arbeitnehmerrechte

Die Maritime Wirtschaft und insbesondere die Werften haben eine stolze Gewerkschaftsgeschichte. Die Gewerkschaften berichten allerdings weiterhin über eine Zunahme von **prekären Arbeitsverhältnissen** und **Sozialdumping**. IndustriAll Europe wird gemeinsam mit ihren Mitgliedern an der Lösung dieser Probleme

arbeiten, indem die gewerkschaftliche Koordinierung verstärkt und die gewerkschaftliche Macht in der Branche ausgebaut wird.

IndustriAll Europe fordert:

- hohe **Gesundheits- und Sicherheitsstandards** für alle Arbeitnehmer*innen, insbesondere im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie;
- das **Ende prekärer Beschäftigung**, die Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen und die Achtung aller Arbeitnehmerrechte in der gesamten Lieferkette;
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort: alle Formen von Sozialdumping und Lohnkürzungen müssen bekämpft werden;
- die volle Achtung und Durchsetzung eines **qualitativen Sozialdialogs**, insbesondere in Bezug auf soziale Bedingungen, Qualifikationen und Ausbildung, Industrie 4.0 und Umstrukturierung;
- einen **gerechten Übergang** für jeden von strukturellen Transformationen betroffenen Beschäftigten;
- die Verpflichtung, durch Umschulung und Höherqualifizierung **in die Fertigkeiten der Arbeitnehmer*innen zu investieren** (einschließlich digitaler und grüner Technologie), um zu verhindern, dass auch nur ein Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin auf der Strecke bleibt;
- die Fortsetzung der Arbeit im Bereich **Fertigkeiten auf europäischer Ebene**, nach den Schlussfolgerungen und Empfehlungen des USWE-Projekts, um aktuelle und zukünftige Qualifikationslücken zu ermitteln;
- das Einhalten der von den Sozialpartnern in der Gemeinsamen Erklärung zu Sozialstandards festgelegten Standards durch die Arbeitgeber.

Zeit zu Handeln

COVID-19 hat den Druck auf die europäische Maritime Wirtschaft erhöht. Wir müssen handeln, um weitere Schließungen von Werften und Zulieferern zu verhindern. Qualifizierte Arbeitskräfte werden gebraucht und können Teil der Lösung zur Dekarbonisierung des Verkehrs sein, aber jetzt ist ein koordiniertes europäisches Vorgehen erforderlich, um die Branche und ihre Arbeitsplätze zu sichern.

Die europäischen Arbeitnehmer*innen fordern einen Rettungsplan, ein europäisches Konjunkturprogramm, um Arbeitsplätze zu sichern und eine positive und grüne Zukunft für die Arbeitnehmer*innen in der europäischen Meerestechnikbranche zu gewährleisten.